



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6.— Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Beilagen 4.— Mk., Tages- und Verammlungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 12 bis 18. März 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 11 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Nordhausen hat den Ortsbeitrag für männliche Mitglieder auf 1.— M., für weibliche Mitglieder auf 60 Pf. wöchentlich erhöht.  
Die Zahlstelle Hamm hat ab 1. April den Ortsbeitrag auf 50 Pf. für alle Mitglieder festgesetzt.  
Die Zahlstelle Bielefeld erhöhte den Ortsbeitrag auf 50 Pf.  
Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.  
J. A. E. Bucher, 1. Vor.

### Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird für den 16. März und folgende Tage zur Verhandlung nach Berlin, Schadowstr. 7 (Resourc, 1. Etage) einberufen.  
Eine besondere schriftliche Einladung der Mitglieder des Tarifausschusses erfolgt nicht. Die Verhandlungsteilnehmer werden deshalb gebeten, dem Tarifamt unverzüglich mitzuteilen, ob sie an der Verhandlung teilnehmen werden.

Zur Beratung und Beschlußfassung liegen folgende Gegenstände vor:

1. Erhöhung der Löhne.
2. Auslegung über Anwendung des § 6 Ziffer 2, soweit es sich um empfangene Zeugengebühren handelt, die geringer sind, als der Betrag für drei bzw. vier Stundenlöhne.
3. Auslegung des § 74 Ziffer 4 über den Satz: „wenn jede Hälfte etwas anderes produziert“.
4. Auslegung über Anwendung des § 5 Ziffer 1 bei einem Arbeitsverhältnis, das täglich um 6 Uhr morgens beginnt.
5. Angemessene Erhöhung der in § 1 Ziffer 16 festgesetzten Entschädigung.
6. Tarifierung des Universal-Typograph.
7. Verlegung des Kündigungsstermins (§ 110 des Tarifs) auf den 15. Juli 1922.

Berlin, 3. März 1922.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Rudolf Illstein, Robert Braun, Prinzipal-Vorsitzender, Gehilfen-Vorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Gauleiterkonferenz

am 28. Februar, 1. und 2. März 1922.

Die erste Tagung der Gauleiterkonferenz in diesem Jahr, an der auch die Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Vorsitzende des Beirats teilnahmen, hatte eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Eigentlich war die Zusammenkunft der verantwortlichen Funktionäre des Verbandes schon zu einem früheren Zeitpunkt geplant gewesen, der Streit der Eisenbahner verhinderte leider die Konferenz, die vom Verbandsvorstand zu Anfang Februar einberufen war.

Die Tagung geht, die im Beisein der Vertreter der anderen graphischen Verbände und des Sekretärs des graphischen Bundes stattfand, befaßte sich während des ganzen ersten Sitzungstages mit den gestellten Lohnbewegungen im Steindruckgewerbe. Der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Hornte, hatte dazu das Referat übernehmen und gab einen umfassenden Situationsbericht über das bisher für unsere Kollegen und Kollegen im Steindruckgewerbe Gelernte. Unterstützt wurden seine Ausführungen durch statistisches Material, das den Teilnehmern schon vor der Konferenz zu eingehendem Studium ausgestellt worden war. Schon der Verbandstag in Frank-

furt a. M. hatte für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine grundlegende Norm gegeben, die sich natürlich auf die Verhältnisse des Hilfspersonals in Buch- und Steindruckbetrieben bezog. Es war jetzt zu untersuchen, inwieweit die Arbeiten auf diesem Gebiete zuerst einmal für die Steindruckereihlsarbeiter und -Arbeiterinnen von Erfolg begleitet waren, was verkannt worden ist und besser gemacht werden konnte; außerdem waren eventuell Richtlinien festzulegen für die weitere Tätigkeit. Kollege Hornte behandelte alle diese Fragen mit notwendiger Gründlichkeit. Die fortwährenden Kämpfe mit den Unternehmern stellen an die Organisation und die funktionäre große Anforderungen. Es kam, wie als bekannt vorausgesetzt werden kann, vielerorts zu Lohnabkommen und Tarifen, in denen Arbeitszeit, Ferien, Feiertagsbezahlung, Ueberstunden usw. festgelegt sind. Nach einer Umfrage des Verbandsvorstandes bestehen 82 solcher Tarife, von denen 37 dem Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdruckereipersonal angegliedert sind. Man sollte meinen, daß diese Abschlüsse für die Allgemeinheit des Steindruckereihlspersonals zu vereinheitlichen nicht so schwer sein würde und sofort in Angriff genommen werden müßte. In der Tat ging die Arbeit unserer Funktionäre auch diesem Ziel entgegen, gute Erfolge sind auch zu verzeichnen. In dem Maße aber, wie es gewünscht wurde, ist dies jedoch nicht gelungen. Einer zentralen Lohnvereinbarung stehen starke Widerstände eines großen Teiles der Unternehmer entgegen. Eine Bereitwilligkeit von unserer Seite war wohl vorhanden, hat aber faktisch keinen Wert, wenn die andere Seite nicht will. Bei vielen Unternehmern, wie aus den Berichten der Gauleiter zu entnehmen ist, wird nämlich der Wunsch nach einem zentralen Abschluß laut, doch bei diesen frommen Wünschen bleibt es eben. Im Unternehmerlager sind die Ansichten darüber geteilt und der Teil, der nicht will, ist ausschlaggebend bei den Prinzipalen. Was nützt uns auch eine Vereinbarung, die sich über das ganze Reich erstreckt, sofern sie den Kolleginnen und Kollegen im Steindruckgewerbe nicht das aufspricht, was sie verlangen können und müssen. Ein so künstlich zurecht gedrehtes Ding — und etwas anderes würde es bei den heutigen noch ungelärten Verhältnissen nicht werden — wäre wertlos oder, was weit gefährlicher ist, würde uns bindende Verpflichtungen bringen, die wir beim besten Willen nicht einhalten könnten. Eine wesentliche Verbesserung der Lebenslage unserer Mitglieder ist so nicht zu erreichen, sie würden nur unter einem lästigen Zwange leiden. Auch organisatorisch hätten wir davon keinen Vorteil. Was jetzt erreicht und geschaffen wurde, kann sich sehen lassen, das Steindruckereihlspersonal steht sich nicht schlecht dabei. Weiben wir also vorläufig dabei und arbeiten wir in der bisherigen Art weiter. Die Führung einer ständigen Statistik, zu der ein guter Anfang gemacht ist, sofortige Verständigung untereinander nach neuen Abschlüssen werden bei dieser Arbeit die besten Hilfsmittel sein. Inzuezt wird es aber immer auf die Haltung unserer Kollegenschaft im Steindruckgewerbe selbst ankommen. Die Organisation und ihre Funktionäre werden nur dann erfolgreich wirken können, wenn sie tatkräftige Unterstützung durch alle Beschäftigten erfahren, wenn sie von dem ersten Willen der Mitglieder getragen und gefördert werden.

Auf der Konferenz wurde auch das Verhältnis des Hilfspersonals zu den Gehilfen in den Steindruckbetrieben behandelt. Bei allen unseren Bewegungen und bei der Untersuchung der gewerblichen Verhältnisse muß beachtet werden, daß wir von den geizten Arbeitern in nicht geringem Grade abhängig sind. Der Reichstarif im Buchdruckgewerbe beweist das deutlich. Wir werden mit unseren Kämpfen stets das Arbeitsverhältnis der Gehilfen fördern, die tariflich gebunden sind. Daher muß immer eine Verständigung mit den Gehilfen gesucht und gefunden werden. Nach den Ansuffungen der Gauleiter wird die Unterstützung der Gehilfenorganisation gerne gewährt. Wie sich der einzelne Gehilfe im Betriebe selbst zu den Bewegungen des Hilfspersonals stellt, wenn hier und da einer kollegiale Hilfe vermissen läßt, kann das natürlich nicht der Gehilfenorganisation angeteilt werden, die das unqualifizierbare Verhalten mancher Gehilfen nicht billigt. Wir können die Worte des Vertreters der Steindrucker und Lithographen nur unterstreichen, der auf der Konferenz sagte: soll es zu einem graphischen Einheitsverband kommen, den wir alle erstreben, muß alles vermeiden werden, was Verbitterung in unsere Reihen bringen kann. Die Einheitsfront der graphischen Arbeiter muß stets geschlossen sein. Auch die Gehilfen verlangen von den Unternehmern eine vernünftige und gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen des Hilfspersonals.

Zu einer eingehenden Aussprache kam es am anderen Tage über die gewerbliche und tarifliche Situation im Buchdruckgewerbe, der ein einleitendes Referat des ersten

Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bucher, vorausging. Besonders rege war der Meinungsaustausch über den Antrag auf Gleichstellung der Zulagen mit der der Gehilfen. Kurz zusammengefaßt stellt sich die tarifliche Situation nach der letzten Tarifausschussung so dar: Die Unternehmer stellen sich auf den Standpunkt, daß die Bestimmungen über die Lohnhöhe des Hilfspersonals im Tarif während der Tarifdauer nicht geändert werden können. Unter dem Zwange der Verhältnisse mußten sich unsere Vertreter im Tarifausschuß mit der Ablehnung unseres Antrages abfinden. Die stärksten Gegner unter den Unternehmern gegen die besonderen Forderungen des Hilfspersonals und gegen den Tarif finden sich bei den Provinzdruckern. Besonders ist es ein Verein der Provinzdruckereihlsarbeiter, der sogar durch Wanderredner die Gegner gegen den Reichstarif stark zu machen vermag. Diese Vereinigung steht auch in Opposition zum Deutschen Buchdrucker-Verein und der Reichstarif des Hilfspersonals dient ihr vornehmlich dabei als Agitationsmaterial. Der Unmut dieser Unternehmerngruppe richtet in der Hauptsache daher, daß ihrer Meinung nach das jugendliche Hilfspersonal und die Arbeiterinnen zu hoch bezahlt werden. Natürlich gibt es auch vernünftige Unternehmer, die die Forderung des Hilfspersonals als berechtigt ansehen.

Die Gauleiter berichteten aus ihren Bezirken über die Stimmung in Mitgliederkreisen und über die Schwierigkeiten, die sie bei der Durchführung der tariflichen Bestimmungen haben. In den Großdruckorten herrscht große Enttäuschung unter den Kollegen, die die bestehenden großen Lohnunterschiede nicht begreifen können. Der gute Wille und das ernste Bestreben unserer Vertreter im Tarifausschuß wird nicht bezweifelt, durch die Ablehnung der Unternehmer sollten sie sich nicht entmutigen lassen. Die Abschaffung des Prozentverhältnisses in den Grundlöhnen wird nicht verlangt, nur die Gleichstellung der Zulagen wird gefordert. Die Not unserer Mitglieder ist groß. Ihre Lebenshaltung verschlechtert sich in noch höherem Maße als die der Gehilfen, die ja noch nicht das Existenzminimum erhalten. Im allgemeinen wird nicht bestritten, daß der Tarif der Provinz Vorteile gebracht hat. Dem steht jedoch gegenüber, daß die Mitglieder in den Großdruckorten bei seiner Einführung materielle Opfer gebracht haben. Würde man dort immer die nötige Bewegungsfreiheit gehabt haben und nicht durch den Tarif behindert gewesen sein, hätte man wie im Steindruck die gute Konjunktur besser ausnützen können. Die Mitgliederveranstaltungen werden meist von den Unzufriedenem beherrscht, so daß beschränkt wird, durch die Erörterung können die Mitglieder sich zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Nach den letzten Verhandlungen im Tarifausschuß ist es in einer Zahlstelle zu einem örtlichen Abschluß gekommen, durch den ein Ausgleich erzielt und die Löhne der Anlegern erhöht werden konnten. In den reichsttariflichen Sätzen der anderen Gruppen ist dabei nichts geändert worden. Der Ausgleich war aber nur möglich, weil noch ein Sonderabkommen bestand. Von anderen Gauleitern wurde die Möglichkeit, am Ort Ausgleich vorzunehmen, nicht zugestanden. Ueberhaupt waren die Meinungen über den Wert örtlicher Verhandlungen geteilt. Auf keinen Fall dürfen die sogenannten Ausgleiche zu einer Herabsetzung der tariflichen Mindestlöhne irgendeiner Gruppe führen. Obwohl die Unternehmer gegen eine Herabsetzung der Lohnbestimmungen des Reichstarifs sind, hätten sie sicher nichts einzuwenden, wenn für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen eine Herabsetzung der Mindestlöhne vereinbart würde. Ihr Widerstand richtet sich nur gegen die Erhöhung der Mindestlöhne. In der Sprache der Unternehmer ist Herabsetzung gleichbedeutend mit Erhöhung.

Der Vertreter der Buchdrucker nahm zu diesem Gegenstand ebenfalls das Wort. Seine interessanten Ausführungen über die gewerbliche und tarifliche Lage wurden gebührend beachtet. Sie gipfelten darin, daß bei den unbedingten Zusammengehörigkeit zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern das Sondervergehen einer Gruppe nicht ratsam ist.

Die weitere Beratung der Gauleiter war vertraulicher Art. Durch Abstimmung wurden die taktischen Maßnahmen für die nächsten Verhandlungen festgelegt.

Am letzten Tage der Konferenz beschäftigte man sich mit organisatorischen Angelegenheiten. Die Verantwortung der für die Statistik notwendigen Umfragen mußte vom Verbandsvorsitzenden gerigt werden. Er verwies darauf, daß es bisher nur schwer möglich war, die tariflichen Entscheidungen im Organisationsleben ziffernmäßig festzustellen. Die sofortige Erledigung der statistischen Aufgaben ist unbedingte Notwendigkeit.

Den Schluß der Tagung füllte eine Aussprache über ein Referat des Verbandsorganisierers aus, der eine Uebersicht über die Massenverhältnisse gegeben hatte. Er zeigte an

einigen Beispielen, in welcher Weise die Ausgaben der Verbandskasse steigen und wie gering eigentlich der ziffermäßig hohe Uberschuß zu bewerten sei. Die Konferenz beschloß, der Verbandsvorstand möge eine Beitrags-erhöhung zum Vierteljahresbeginn vorbereiten und dem Beirat vorlegen.

Am späten Nachmittag versammelten sich die Gau-leiter, Verbandsvorstand, Berliner Ortsverwaltung und einige Gäste auf dem städtischen Friedhof in Friedrichs-felde am Grabe unserer verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegin Paula Eytzede. Kollege Bucher übergab mit einigen zu Herzen gehenden Worten das dort aufgestellte Grabmal der Öffentlichkeit. Nach dieser kurzen Gedenk-feier schieden die Anwesenden mit dem Gelübde, im Geiste der Verstorbenen für das organisierte Hilfspersonal im Buch- und Steindruckgewerbe auch weiterhin tätig zu sein.

## Von Rechten und Pflichten

Seit jeher ist es für die freien Gewerkschaften wie überhaupt für die gesamte moderne Arbeiterbewegung selbstverständlich, daß dem Proletariat nicht damit geholfen ist, daß ihm "Wohltaten" zugeführt werden. In wirtschaftlichen wie in politischen Kämpfen wird nicht an das gute Herz, das soziale Gefühl der Unternehmer oder der übrigen Bevölkerungsschichten appelliert, sondern es wird auf Rechte hingewiesen, die der wichtigste Teil der Volksgemeinschaft eben auf Grund seiner Bedeutung für das Ganze besitzt. Diese Rechte mag man zunächst einmal als natürliche, durch das lebendige Dasein überhaupt bedingt, ansehen; erwo-rben werden sie aber auf alle Fälle durch die Leistungen wirtschaftlicher, steuerlicher und anderer Art, die besonders heute ganz unbefreitbar sind und schon während des Krieges auch von den offiziellsten Stellen des alten Regimes anerkannt wurden. Darüber ist also in dem auch nur einigermaßen zum Bewußtsein erwachten Proletariat kein Zweifel mehr, daß Pflichterfüllung auf der einen Seite die Beanspruchung von Rechten auf der anderen nach sich zieht, deren Gewährung nichts mit "Wohltun" oder "Schenken" zu tun hat.

Das Bewußtsein von diesen Zusammenhängen wird das heute leider im Proletariat noch oft anzutreffende Gefühl der Untermöglichkeit beseitigen. Es wird aber auch vor dem Verfallen in das direkte Gegenteil, in maßlose Selbst-überhebung, schützen. Wer zum Schaden der Gesamtheit oder auch nur eines Teiles davon seinen Pflichten nicht nachkommt, kann nicht dieselben Rechte wie der Pflichttreue in Anspruch nehmen. Diese durchaus sozialistischen Beden-ken gilt es zu Empfindungen der gesamten arbeitenden Klasse zu machen. Zu beginnen ist deshalb bei der Jugend.

Jedermann von uns wird heute der erwerbstätigen Jugend gern zugehen, daß sie in mancher Hinsicht gewisser Vorrechte vor den übrigen Arbeitenden bedarf. Sie braucht Schutz gegen Ausbeutung und für ihre förderliche Entwicklung, Sorge für ihre geistige Weiterbildung und auch der Anleitung, um den Weg zur sozialistischen Lebensauffassung zu finden. Dieses alles zugegeben, muß doch der Jugend begreiflich gemacht werden, daß sie nur dann an einen Anspruch darauf denken kann, soweit sie selbst auch ihre Pflichten, nämlich der Organisation gegen-über, erfüllt.

In den meisten Fällen sind die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie auch die Lehrlinge mit in die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einbezogen; die daraus für sie folgenden gelblichen Vorteile lassen es als selbstverständlich erscheinen, daß auch die jugendlichen Kugeln der gewerkschaftlichen Arbeit ihren Anteil zur Ermöglichung dieser Arbeit beizutragen haben. Es ist begreiflich, wenn die Jugend von selbst nicht ohne weiteres diese Notwendigkeit erkennt; da erwächst dann eben den Erwachsenen im Betrieb wie im Elternhaus die Pflicht, aufklärend zu wirken. Gar zu leicht nämlich ent-fallen ja bei den Jugendlichen, auch bei Erwachsenen soll das noch vorkommen, das Gefühl, als wenn eine über den Wolken thronende Stelle vorhanden sei, die für sie sorgt; als wenn Tarifvertragsabschlüsse, Lohnerhöhungen, Ver-besserungen im Arbeitsverhältnis kommen müssen wie Naturercheinungen, wie Regen und Sonnenschein. Wenn diese Vorstellungen auch nicht zu klaren Gedankengängen werden, so sind sie aber doch häufig gefühlsmäßig vor-handen und wirken sich praktisch aus. Die Teilnahms-lostigkeit weiter Kreise für das Organisationsleben zeigt uns, welche Gefahren diese Meinung: "Es geht ja alles auch ohne mich" für die Arbeiterklasse mit sich bringt.

Zu diesen Erwägungen vom Nützlichkeitstandpunkt ge-fellen sich andere, die schließlich noch wichtiger sind. Die Erwachsenen haben die unbedingte Pflicht, auf die mit ihnen in Verbindung kommenden Jugendlichen in gün-stigem Sinne einzuwirken. Daß dazu in erster Linie ge-hört, den Gedanken der Organisation, der Solidarität zu wecken, ist selbstverständlich. Wer trotz ständigen Zusammen-seins mit Jugendlichen sich nicht veranlaßt fühlt, sie von seinen Erfahrungen, Kenntnissen usw. Vorteil ziehen zu lassen, der ist sich nicht der Verantwortung bewußt, die er sowohl als Mensch wie auch als organisierter Arbeiter trägt. Nur durch die unmittelbaren Beziehungen von Mensch zu Mensch können die Gedanken der Arbeiter-bewegung stets lebendig erhalten bleiben; die schriftlichen Ueberlieferungen werden immer erst dann Wirkung erzielen können, wenn der Geist des Jugendlichen schon aufnahme-willig geworden ist. Es ist also ganz einfach Pflicht jeden Gewerkschaftlers, für den Nachwuchs der Organisation Sorge zu tragen. Besteht zwar die Meinung, daß es auf die Mitgliedschaft so junger Leute nicht ankommt, da sie doch von der Organisation mehr an Aufwendungen be-anspruchen, als sie einzahlen. Kurzfristige Rechnungen sind immer falsch, und so wäre es auch hier; wer in seinen jungen Jahren als jemand betrachtet wird, der getrost be-festigt stehen bleiben kann, der wird sicher in späteren Jahren von sich zu derselben Meinung gelangen. Wer also nicht zur Verrechnung der Schar der Unorganisierten, der Para-siten beitragen will, der gedanke der Pflichten der Jugend gegenüber.

Demnächst werden wieder überall eben aus der Schule entlassene Jungen und Mädchen in die Betriebe hinein-kommen. Sie hilfsbereiter und freundlicher ihre älteren Arbeitstollegen ihnen entgegenkommen, desto eher werden sie auch zweifellos unseren Einflüssen zugänglich sein, in die Veranstaltungen kommen usw. Es ist gut, wenn die er-werbstätigen Jugendlichen schon frühzeitig erkennen, daß sie ohne Erfüllung gewisser Pflichten eben auch keine Rechte beanspruchen können.

## Das Existenzminimum im Februar 1922

Von Dr. R. Kuczynski

Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um reichlich ein Siebentel gestiegen. Schuld daran war die Vertnapung der Warenzufuhr durch Frost und Eisenbahnerstreik und die maßlose Aus-nutzung dieser Notlage durch zahlreiche Händler. In Groß-Berlin kostete im Februar rationiertes Brot 19 mal soviel wie vor acht Jahren, das 26 mal soviel, Milch 27 mal soviel, Brotkrumen 28 mal soviel, Zucker 31 mal soviel, Margarine 33 mal soviel, Brot im freien Handel 36 mal soviel, Reis 43 mal soviel. Kartoffeln, die aber so spärlich angeboten wurden, daß sie für die allgemeine Ernäh-rung nicht in Frage kamen, waren etwa 100 mal so teuer wie vor acht Jahren.

Berechnet man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Bedingung dieses Bedarfs so weit als tunlich auf die billigsten Nahrungs-mittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 43 M., für eine Frau auf 91 M., für einen Mann auf 121 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Februar 1914 für ein Kind 1,69 M., für eine Frau 3,42 M., für einen Mann 4,30 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Ein-klang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden daher hier für die Vorzugszeit angesehen: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Febr. 1922	Preis Febr. 1914
2550 Gramm Brot (rationiert)	1194	62
200 " Weizenmehl (rat.)	145	8
250 " Sojaerflossen	305	18
125 " Graupen	180	5
1250 " Gemüße	675	18
125 " Margarine	660	20
125 " Marmelade	180	8
250 " Zucker	370	12
1 Liter Milch	615	23
Zuf. für ein 6-10jähr. Kind	4324	169
500 Gramm Brot (freier Handel)	430	12
125 " Graupen	180	5
250 " Speisebohnen	315	11
1750 " Gemüße	945	25
250 " Wäpfsenfleisch	1000	50
125 " Speck	825	23
250 " Salzheringe	245	18
125 " Margarine	660	20
125 " Marmelade	180	8
Zusammen für eine Frau	9104	342
500 Gramm Reis	940	22
250 " Erbsen	340	10
125 " Speck	825	23
250 " Salzheringe	245	18
125 " Margarine	660	20
Zusammen für einen Mann	12114	430

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stufe und Küche, für Heizung 1 Zentner Breitets und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so er-geben sich als Wochenbedarf für Wohnung 11 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 32,40 M. (1,15 M.), für Be-leuchtung 19,20 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instand-haltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche sind min-destens anzusetzen: Mann 60 M. (2,50 M.), Frau 40 M. (1,65 M.), Kind 20 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Gehpaar	Gehpaar mit 2 Kindern
Ernährung	121	212	299
Wohnung	11	11	11
Beheizung, Beleuchtung	32	32	32
Bekleidung	60	100	140
Sonstiges	61	98	125
Februar 1922	905	468	627
Januar 1922	266	408	548
Februar 1921	149	225	313
Februar 1920	129	190	254
Aug. 1913/Juli 1914 16,75	22,90	22,90	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der not-wendige Mindestverdienst im Februar 1922 für einen alleinstehenden Mann 81 M., für ein kinderloses Ehepaar 78 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 104 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 15 000 M., für das kinderlose Ehepaar 24 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 32 700 M.

Vom letzten Vorzugsjahr bis zum Februar 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin ge-stiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 305

Markt, d. h. auf das 18,2fache, für ein kinderloses Ehe-paar von 22,90 auf 408 M., d. h. auf das 21fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 627 M., d. h. auf das 21,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Marktlage jetzt etwa 5 Pf. wert.

Die Teuerung hat im Monat Februar stark zu-genommen. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Kosten für Ernährung, Heizung, Be-leuchtung und Wohnung errechnet wird, ist vom Januar zum Februar von 1640 auf 1980, also um 340 Punkte oder 21,3 Proz. gestiegen. Verglichen mit dem Stand vor einem Jahr (Februar 1921) bedeutet dies eine Verteuerung der erwählten vier Lebensbedürfnisse um 120,8 Proz. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich also seitdem weit mehr als verdoppelt.

Zu der Verteuerung im Monat Februar trugen vor allem die Ernährungsausgaben bei, deren Indexziffer von 2219 im Januar um 23 Proz. auf 2727 gestiegen ist. Außer Schellfischen, deren Preise sich teilweise etwas ermäßigen konnten, wurden alle Lebensmittel viel teurer. Besonders stark zogen die Preise für Kartoffeln und Gemüse an, da die lange Kälteperiode und die zu Beginn des Monats ungünstigen Verhältnisse die Teuerung für diese Lebensmittel sehr verschärften. Inzwischen sind diese Preise ebenso wie die für Eier etwas zurückgegangen. Die Mitte des Monats eingetretene Brotpreiserhöhung kommt in den Indexziffern für Februar erst zur Hälfte zum Ausdruck. Auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete haben sich weiter gesteigert. Die Auf-wärtsbewegung der Preise war, wie im Vormonat, inner-halb des Reiches nicht einheitlich.

## Aus unserer Bewegung im Steindruck-gewerbe

Für das Steindruckhilfspersonal der Bahnhalle treten ab 1. Februar 1922 folgende Mindestlöhne in Kraft: Steindruck-leister, über 24 Jahre, verheiratet, 511,90 M., ledig 505,05 M., unter 24 Jahren, verheiratet, 448,90 M., ledig 441,70 M., Hilfsarbeiter, über 24 Jahre, verheiratet, 501,15 M., ledig 494,85 M., von 21-24 Jahren, ver-heiratet, 409,50 M., ledig 390,— M., von 19-21 Jahren 355,90 M., von 17-19 Jahren 310,55 M., von 16 bis 17 Jahren 242,90 M., von 15-16 Jahren 227,70 M., von 14-15 Jahren 166,75 M. Weibliches Hilfs-per-sonal: Offset-Anlegerinnen 323,70 M., Anlegerinnen 297,40 M., Auslegerinnen über 20 Jahre 282,75 M., von 18-20 Jahren 273,— M., unter 18 Jahre 241,80 M. Sonstige Hilfsarbeiterinnen: Hilfsarbeiterin-nen über 20 Jahre 270,60 M., von 18-20 Jahren 238,90 M., von 16-18 Jahren 191,— M., von 14-16 Jahren 154,05 M. Die Arbeitszeit von 48 Stunden bleibt un-geändert. In den Vorabenden vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten beträgt sie 6 Stunden. An Ferien werden gemäß: Nach einer einjährigen Tätigkeit 3 Tage, nach zwei Jahren 5 Tage, nach drei Jahren 6 Tage, nach zehn Jahren 8 Tage. Die Altersstafel für weibliche Arbeiterin-nen von 20-22 Jahren fällt aus, so daß mit 20 Jahren die höchste Staffel erreicht ist.

## Aus unseren Zahlstellen

Duisburg. Die am 18. Februar 1922 im Versam-mlungslokal Monte tagende Mitgliederversammlung nahm Stellung zu den neuen Lohnerhöhungen ab 1. Februar 1922. Kollege Müller gab einen ausführlichen Bericht. In der darauf folgenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die neue Lohnerhöhung als ein Fortschritt im Buch-druckgewerbe angesehen werden darf, obwohl sie sich der täglich ansteigenden Teuerung noch bei weitem nicht anpaßt. Die Duisburger Mitgliedschaft sprach ihrem Verbandsvor-stand resp. ihren Vertretern die vollste Anerkennung aus, er-hob aber den schärfsten Protest gegen die Ablehnung der Hilfsarbeiterforderung bei der letzten Lohnverhandlung in Leipzig. In einer Resolution wurde noch darauf hin-gewiesen, daß die Existenzbedingungen für alle Arbeiter die gleichen sind und daher die Forderung der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen durchaus berechtigt war. Verbands-vorstand resp. Vertreter wurden beauftragt, bei den nächsten Lohnverhandlungen auf Annahme der Hilfsarbeiterfor-derungen zu bestehen. Die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Zahlstelle Duisburg, die durch die schlechte Entlohnung der letzten Jahre immer tiefer ins Elend geraten sind, sagen dem Verbandsvertretern tröstliche Unterstützung zu.

Münsterberg-Fürth. In den Jahresgeneralversammlungen, die am 14. und 16. Februar stattfanden, erstattete Kollege Kieding den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr. Er verwies auf die Einführung des Reichstarifes im Buch-druck, der den Kollegen eine unbedeutende Lohnzulage brachte, während bei den Kolleginnen das reichstarifliche Minimum schon erreicht und zum großen Teil bereits über-schritten war. Betsch wird versucht, bei Neuentstellung den Kolleginnen nur den Mindestlohn anzubieten. Fest-gestellt muß werden, daß die Einführung des Reichstarifes den übrigen Zahlstellen im Gau allgemeine Vorteile brachte. Damit wurde eine gewisse Sehsüchtigkeit des Hilfspersonals im Gewerbe erreicht und die Abwanderung in andere Be-rufe eingedämmt; ein Umstand, der auch für unseren Ver-band nicht zu unterzählen ist. Die Durchführung des Tarifes in den Gauen rief auf manche Schwierigkeiten; be-fanden sich doch fühlende Prinzipale unter den Tarif-gegnern. Unsere Funktionäre haben in den kleinen Druck-orten vielfach einen schwereren Stand, als die Kollegenschaft in den Großstädten meistens annimmt. Besonders in der tariflichen Bezahlung der jüngeren Kolleginnen zeigen sich die Provinzprinzipale ziemlich hartnäckig; haben sie doch zum Teil noch die alte Friedensaufstellung, der zufolge der niedrigste Lohn zu hoch ist. Bei der veranschaulichten

des Reichstarifes im Gau hat das Kreisamt in München völlig verjagt. Ein fünfjähriger Streit in den Würzburger Steindruckereien brachte der Kollegenchaft einen vollen Erfolg. Im Buch- und Steindruck mußte immer wieder der Versuch gemacht werden, durch angemessene Zulagen einen annähernden Ausgleich gegen die sprunghaft ansteigende Teuerung zu schaffen. Es ist uns dies nicht völlig gelungen, denn die Ursachen liegen tiefer und die Wirkungen der Teuerung sind durch gewerkschaftliche Mittel allein nicht zu beheben. Vor dem Schlichtungsausschuß und den Landeseinigungsamt mußte in mehreren Fällen verhandelt werden. In den Veranlassungen des Graphischen Kartells sowie der Geschäftsstelle für die Betriebsräte beteiligten wir uns ebenfalls. Die Durchführung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen konnte durch eine Vereinbarung gemildert werden. Mit dem Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer wurde elfmal und in 19 Fällen mit Eingeklinkern verhandelt. Dem Tarifschlichtungsamt für das Buchdruck-Hilfspersonal wurden 6 Fälle zur Entscheidung unterbreitet. Eine Firma glaubte, mit Hilfe ihres Syndikats den Nachweis zu erbringen, daß sie bei Einführung des Reichstarifes berechtigt sei, die ab 1. Januar 1920 gezahlte, logenante Brot- und Kartoffelzulage abzugeben. Obwohl dieselbe später in eine laufende und unbefristete, wie die übrigen umgewandelt wurde, erfolgte durch Stimmengleichheit die Ablehnung unseres Antrages seitens des Schlichtungsamtes, und erst das Tarifamt als Berufungsinstanz verhalf den Kolleginnen zu ihrem Recht. Eine zur Verlesung gebrachte Lohnstatistik des Steindruckpersonals läßt den im Vorjahr gemachten Fortschritt zahlenmäßig erkennen. Unser Ziel, die Löhne im Steindruck den im Buchdruck gleichzustellen, ist bei den Schlichterkollegen schon erreicht. Bei dem weiblichen Maschinenpersonal besteht noch ein geringer Unterschied; jedoch bei den Hilfsarbeiterinnen und den Jugendlichen ist eine verhältnismäßig große Spannung vorhanden, die zu verringern unsere dringende Aufgabe ist. Unsere Lohngestaltung ist im wesentlichen abhängig von den Tarifen der Buch- und Steindruck, und auch die übrigen Fragen des Arbeitsverhältnisses werden davon entscheidend beeinflusst. Jede Kollegin und jeder Kollege muß selbst seine Arbeitskraft höher bewerten und den Mut aufbringen, persönlich eine Zulage zu fordern und nicht den Verband als Automaten betrachten, in den man oben den Beitrag hineinwirft, wofür dann unten die Zulage herauskommt. Im allgemeinen kann ohne Ueberhebung gesagt werden, daß wir im verflochtenen Jahre in jeder Beziehung Fortschritte machten, und es soll auch an dieser Stelle all denen, die daran mitarbeiteten, besonders den Vertrauenspersonen, der herzlichste Dank ausgesprochen werden. Der Mitgliederstand der Geschäftsstelle betrug am Jahresende 271 Kollegen und 1233 Kolleginnen; gegen das Vorjahr ein Mehr von 43 männlichen und 280 weiblichen Mitgliedern. Den Bericht über den Arbeitsnachweis sowie den Kassenbericht erstattete Kollegin Bauer. Er weist an Eintrittsgeldern und Beiträgen für die Hauptkasse die Summe von 100 420 M. auf. Die Postaltasse bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 48 641 M. Im nächsten Jahre wird den Mitgliedern ein gedruckter Jahresbericht überreicht. Die Entschädigung für das Geschäftsbüro und Hausinstanz wurde eine entsprechende Erhöhung rückwirkend ab 1. Januar. Die Zahlung in die richtige Beitragsklasse läßt in einigen Betrieben zu wünschen übrig. In mehreren Bergbetrieben blüht die Ausbeutung des jüngeren Hilfspersonals, und es gelang nur schwer, Einblick in diese Quetschen zu bekommen. Bei der Neuwahl der Verwaltung wurde die bisherige wieder-gewählt.

Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Mängel an dem Steindrucktarif, der Ende Februar mit einer vierteljährlichen Frist gekündigt wird, eingehend besprochen. Da Nürnberg-Fürth der drittgrößte Steindruckort in Deutschland ist, so hat unser Abkommen mehr oder minder auch seine Rückwirkung auf andere Orte. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde von einer Beschlußfassung Abstand genommen und beantragt, alle strittigen Fragen in einer demnächst einzuberufenden Steindruckversammlung zu besprechen.

**Offenbach a. M.** Generalversammlung am 9. Februar Kollege Hix erstattete den Kassenbericht. Die Einnahme betrug für die Postaltasse: 4590,85 M., die Ausgaben: 1443,85 M., Bestand: 3099,— M. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 8962,50 M., sie wurde restlos an die Hauptkasse abgeführt. Die Mittelübergabe betrug im Vorjahre 140, am Ende des 4. Quartals 220 Mitglieder. Demnach ist eine Zunahme von 80 Mitgliedern zu verzeichnen. Nach Erklärung des Vorsitzenden, daß Kasse und Bücher von dem Revisor geprüft und für richtig befunden sind, wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt und zur Neuwahl geschritten. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Kollegen Verz sowie des Kollegen Hix als Kassierer. Als Schriftführer wurde Kollege Bösch, als Beisitzer Kollege Karst und Unger und die Kolleginnen Schulmann und Graf, zu Revisoren die Kolleginnen Pfeifer und Leib gewählt. Nach reger Debatte wurde ein Beschluß gefaßt, in dem ausgedrückt ist, daß die bewilligte Lohn-erhöhung für das Hilfspersonal im Buchdruckgewerbe zu niedrig ist und die sofortige Kündigung des Tarifs verlangt wird, während im Steindruckgewerbe nach eingehender Schlichtung des Kollegen Unger das zurzeit bestehende Lohnabkommen angenommen wurde. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen und Kolleginnen auf, sich an den nächstfolgenden Versammlungen etwas reger zu beteiligen.

**Stade.** Am 18. Februar fand die Gründung der Geschäftsstelle statt. Der Boden war schon längere Zeit vorher gut vorbereitet worden, nur wegen des Eisenbahnstreiks mußte die Gründungsversammlung zurückgestellt werden. Kollege Behrens vom Buchdruckerverband, der sich um die Organisierung des Hilfspersonals besonders Mühe gegeben hatte, leitete die Versammlung. Der Gauleiter, Kollege Spatzhuth-Dannover, referierte über „Entwicklung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und seine Aufgabe“. Er gab in seinem Referat einen historischen Rückblick über den Werdegang des Verbandes und behandelte eingehend die Tarifpolitik. In einigen Beispielen er-

läuterte er die Vorteile, die der Verband seinen Mitgliedern bringe und verglich die Löhne der inorganisierten Hilfsarbeiterinnen mit denen der organisierten. Für Stade konnte er Lohnunterschiede von 32 bis 187 M. feststellen. Die Zustimmung der Versammlung bewies, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Diskussion, an welcher sich außer Kolleginnen auch einige Buchdrucker beteiligten, ergab Uebereinstimmung darin, nunmehr fest zusammen zu halten. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Zum Vorsitzenden wurde Robert Veder (Buchdrucker), zum Kassierer Hermann Wallner (Buchdrucker), zum Schriftführer Kollegin Frä. Krahenberger, als Revisoren Frä. Lamm und Frä. Lehner und als Kartellbelegierte Frä. Koch gewählt. Weiter wurde der Postaltassenschlag, wie ihn die Gauleitung bei der Einsetzung von Material vorgeschlagen hatte, in Höhe von 60 Pfg. gutgeheißen.

**Stuttgart.** Am 31. Januar nahm in einer gut besuchten Versammlung die Buchdruckerkollegenchaft das Ergebnis der Lohnverhandlungen des Tarifausschusses entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die verstorbenen Kolleginnen Luise Weibke, Kath. Maissenbacher, Minna Groß und Sofie Walker in der üblichen Weise. Kollege Werner berichtete nach einer durch den Kollegen Bauer veranlaßten persönlichen Ansprache an Hand des Beschlußprotokolls und Mitteilungen durch den B. V. über die stattgefundenen Verhandlungen im Tarifauschuß. Von Unternehmerseite wurde dem Antrag auf Erhöhung der Löhne der heftigste Widerstand entgegengebracht. Sie waren mit dem Bestreben gekommen, überhaupt nichts zu bewilligen. Nach hartem Kampfe kam doch noch eine Einigung zustande. Unser Antrag auf Gleichstellung der Teuerungszulagen mit denen der Gehilfen wurde von Unternehmerseite aufs heftigste bekämpft. Der alte Auspruch, daß den Promozenten durch den Reichtarif solofale Opfer abgefordert werde, kam wieder zum Ausdruck. Das Resultat kann uns nicht befriedigen, denn die Differenz im Gehlohn zwischen Gehilfen und Hilfsarbeiter werde mit jeder Lohnhöhung größer. Er schlug der Versammlung vor, trotzdem das Resultat anzunehmen, aber in einem scharfen Protest unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen und zu fordern, daß sobald als möglich neue Verhandlungen anzubahnen sind und unser Antrag auf Gleichstellung mit den Gehilfenzulagen wieder eingebracht wird. Darauf setzte eine schärfste Diskussion ein. Von der Vertreterin der Angelerinnen wurde gegen das Abkommen der schärfste Protest eingelegt. Sie empfindet die Gewährung der Zulagen nach Prozenten als ein großes Unrecht. Betrachte man die zu leistende körperliche Arbeit, so kann gewiß nicht gesagt werden, daß die Arbeit des weiblichen Personals leichter als der übrigen Mitarbeiter sei. Ebenso sprach sich die Vertreterin der Ausfängerinnen aus. Früher betrug der Unterschied zwischen Angelerin- und Ausfängerinlohn nur einige Mark, während er jetzt 30 M. betrage und durch nichts gerechtfertigt erscheine. Sie forderten deshalb, daß unter allen Umständen von unseren Vertretern alles daran gesetzt werde, daß die Prozentfäße bei den Teuerungszulagen vermindern und wenn sich dies noch nicht ermöglichen lasse, erhöht werden. Von den Kollegen wurde an Hand von Tatsachen festgestellt, daß die bewilligte Zulage durch die Brot-, Milch- und Fahrpreiserhöhung schon wieder bedeutend überholt sei. Wir können uns daher mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben und müssen daher von unserem B. V. verlangen, daß er alle Hebel in Bewegung setzt, daß der Induftrieverband endlich geschaffen werde und die Lohnverhandlungen einheitlich geführt werden. Denn solange die einzelnen Berufsgruppen untereinander ausgepöbelt werden, könne es keine Möglichkeit geben, aus dem Elend, in das wir durch den Versailler Friedensvertrag und durch die Reparationslasten gekommen sind, herauszukommen. Aufs schärfste bekämpft wurde auch der Abschluß bis 31. März. Der B. V. werde daher aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, daß sofort neue Verhandlungen stattfinden und die Forderungen des Hilfspersonals endlich zur Durchführung zu bringen und, wenn kein Mittel unversucht gelassen sei, dann zum letzten Kampfmittel der Gewerkschaft zu greifen. Kollege Werner ging in seinem Schlusswort auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner noch einmal ein und betonte, daß eine demnächst stattfindende Gauleiterkonferenz sich auch damit befassen werde, da ja die Aufhebung der Prozentfäße bei den Teuerungszulagen nicht nur von uns, sondern allgemein von der Kollegenchaft gefordert werde. Eine von Kollegen Bauer eingebrachte Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, in der die in der Aussprache geäußerten Wünsche und Forderungen noch einmal festgelegt sind. Weiter verlangt die Versammlung, daß der B. V. alles daran setze, daß der Zusammenbruch der graphischen Organisationen zu einem Graphischen Induftrieverband bald zur Tatsache wird, um die Lohnbewegungen im Gewerbe einheitlich zu führen. Weiter verlangt die Versammlung, daß zur Abwälzung der neuen ungeheuren Steuern- und Reparationslasten auf die Besitzenden, der WGB, endlich ernst macht, seine im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen, besonders mit der Erfassung der Gold- und Sachwerte. Die Versammlung erklärt, sich mit allen Kräfte hinter den WGB, zu stellen, um die Durchführung dieser Forderungen zu erzwingen.

**Sittau.** Die Ortsgruppe Sittau hielt am 17. Januar ihre Jahresversammlung ab, in der der Vorsitzende, Kollege Wör, den Geschäftsbericht gab. Die Einführung des Reichstarifs hat auch hier einige Schwierigkeiten gemacht, und im Steindruck kommen die Mitglieder aus den Lohnbewegungen nicht mehr heraus. Bei dieser Sparte besteht noch kein Reichtarif, weil die Unternehmer sich gegen einen Abschluß sträuben. Er forderte die Mitglieder im Steindruck auf, sich fester als je zusammenzuschließen und geschlossen hinter dem Vorstand zu stehen, damit die letzte Lohnbewegung siegreich zu Ende geführt wird. Der Kassierer, Kollege Hänisch, erstattete den Kassenbericht, worauf ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Wör Vorsitzender, Kollege Hänisch Kassierer, Kol-

legin Sonnenburg Schriftführerin. Als Kassenrevisoren wurden Kollegin Helene Zenthsel und Kollege Minna Purdy, als Kartellbelegierte Kollege Wör und die Kollegin Obruant und als graphische Kartellbelegierte die Kolleginnen Hylgenbecher und Zenthsel gewählt. Nach Erledigung der Wahlen gab Kollege Wör noch einen Bericht über den Stand der Lohnbewegung im Steindruck und forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, den Unternehmern zu zeigen, daß sie mit der Organisation der Hilfsarbeiterchaft zu rechnen haben. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, in den Betrieben dafür zu werben, daß nicht eine Kollegin der Organisation mehr fernstehe.

## Rundschau

Ein Betriebsrat, wie er nicht sein soll, vertritt auf sonderbare Art die Interessen des Personals in einer Druckerei in Mainz. Er bezieht fortgesetzt die Minimal-löhne der Arbeiterinnen für viel zu hoch; der Prinzipal sagt daselbe und stützt sich auf das Urteil des „Betriebsrates“. In diesem Betrieb arbeitet man seit Jahresfrist mit Ueberstunden. Gegenwärtig laufen die Maschinen täglich 15 Stunden. Die Arbeiterinnen werden durch die Mitarbeiter zu dieser langen Arbeitszeit gepeßt — und das zu einer Zeit, wo andere Druckereien Entlassungen wegen Arbeitsmangel vornehmen. Wegen Unterbrechung von Ueberstunden kam es sogar schon zu einer Kündigung. Der Prinzipal verweigert sich gegen den Artikel 139 der deutschen Reichsverfassung, indem er sich in die Organisationsverhältnisse des Personals einmischt. Zudem verlangt ein Maschinenmeister die Arbeiterinnen auf das größte und bereitet ihnen allerlei Unannehmlichkeiten; selbst ihre Entlassung wird verlangt. Um Erfüllung der tariflichen Bestimmungen wird stets gefehlt. Entlassungen werden aus kleinlichen Ursachen vorgenommen; die hygienischen Einrichtungen sind mangelhaft. Und der Betriebsrat? Der macht tüchtig Ueberstunden — das bringt Gewinn! Was soll man sich auch um ungelegte Eier kümmern und sich für das Hilfspersonal ins Zeug legen. Das wäre wirklich tödlich.

Gegen eine solche Mißsicht muß protestiert werden. Nicht den Unternehmer klagen wir an, sondern den Betriebsrat, der dem Ausbeutungssystem zur höchsten Vollendung verhilft. Wohin soll uns die Zukunft bringen, wo bleibt der Achtstundentag, wenn ein Mann pro Woche 70 Stunden arbeitet, während die anderen arbeitslos auf der Straße liegen? Unsere Anregung, eine Aussprache herbeizuführen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Ueberstunden keine Zeit zu Besprechungen freiließen.

Es bleibt den Kollegen und Kolleginnen in Mainz daher kein anderer Weg, als den famosen Betriebsrat der Allgemeinheit vorzustellen. Bei den bevorstehenden Neuwahlen der Betriebsvertretung wird man sich die Kandidaten sehr genau ansehen müssen. Der böse Reinfall in Mainz sollte zur Warnung dienen.

Die Arbeitslosigkeit im Auslande wird in der Hauptsache bestimmt durch den Stand der Baltica. Im allgemeinen ist es bekanntlich so, daß Länder mit entwerteter Baltica einen besseren Geschäftsstand aufzuweisen haben. Jetzt werden aber auch Länder mit verhältnismäßig niedriger Baltica in die Abfahrtslinie hineingezogen. In erster Linie trifft das für die Tschechoslowakei zu, deren Industrie fast konturenunfähig wurde. Die völlig eingetretene höhere Bewertung der tschechischen Krone ist die Ursache. Auch in Polen hat die Debung der polnischen Mark dieselbe Wirkung ausgelöst. Anfang Oktober 1921 zählte man hier 80 000 Arbeitslose, die sich gegen Ende des Jahres bereits auf 173 000 vermehrt hatten. Aber auch die österreichische Industrie steht vor einer Abfahrts- und große Arbeitslosigkeit ist die Folge davon. Durch die völlige Entwertung des österreichischen Geldes wird es fast unmöglich, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Auslande einzuführen. Auch ist durch die Steigerung der Produktionskosten die Exportfähigkeit behindert. Amerika sichert sich gegen die österreichische Konkurrenz durch die Anwendung des Antidumpinggesetzes. Es ist bezweifelhaft, daß die Abwehrmaßnahmen Amerikas sich zuerst gegen das verarmte Österreich richten sollen. Sonst haben die Vereinigten Staaten, obwohl das Gesetz schon längere Zeit besteht, der Einfuhr ausländischer Waren keine besonderen Hindernisse bereitet. In den skandinavischen Ländern, in England, der Schweiz und in Italien wollen Staat und Gemeinden durch Vergebung von Notarbeiten die Arbeitslosigkeit lindern. In Dänemark ist ein Gesetz gegen die Arbeitslosigkeit erlassen worden. Die Arbeitslosenversicherung wird eingeführt, jedoch in einer nicht obligatorischen, sondern freiwilligen Form. Nur in Amerika ist eine Abnahme der Arbeitslosigkeit festgestellt worden. Eine neue Produktionswelle hat vielen Arbeitslosen Beschäftigung gegeben. Zurückzuführen ist die Besserung des Geschäftsganges in den Vereinigten Staaten aber nicht etwa auf die von der Regierung seinerzeit eingesetzte Kommission, die die Arbeitslosigkeit mildern sollte. Diese hat trotz der großen Bekanntheit, die die Regierung von ihr machte, überhaupt nichts geleistet.

Das Internationale Arbeits-Jahrbuch (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf). Der ca. 600 Seiten starke Band enthält eine Zusammenstellung sämtlicher Ministerien aller Länder der Welt, unter besonderer Würdigung der Regierungsdienststellen, die sich mit Arbeiterfragen beschäftigen, sowie ein Verzeichnis der Arbeitgeberverbände aller Länder. Ein weiterer Teil des Buches enthält sämtliche Gewerkschaften, Beamten- und Angestellten-Verbände der Welt, beschließen eine Zusammenstellung aller Gewerkschaften und Genossenschaftsverbände. Der einleitende Teil gibt eine Uebersicht über den Aufbau und die Organisation des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation. Das Buch ist zu beziehen vom Internationalen Arbeitsamt, Amt Berlin, Alexanderstraße, Berlin NW. 40, Schopenhofstr. 33. Vol.: Norden (1921). — Preis 50 M.

## Gingegangene Druckmaschinen

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach dem Stande vom 1. Dezember 1921. Bearbeitet vom Arbeitersekretär Karl Wegmann. Preis 1,50 M. Verlag Volksbuchhandlung Hannover, Nikolaisstr. 7 (Gewerkschaftshaus).

**Geld und Valuta.** Eine Untersuchung über die Probleme der inneren und äußeren Geldwertentwicklung. Von Alfred Braumthol. Inhaltsverzeichnis: 1. Das Währungsproblem. 1. Die Entstehung des Geldes. 2. Der Geldwert. 3. Scheidemünze und Banknote. 4. Die Papiergeldwährung. 5. Die Ursachen der Geldwertentwicklung. 6. Wirkungen der Geldwertentwicklung. 7. Der Steuerkampf. II. Das Valutaproblem. 1. Der internationale Zahlungsvorteil. 2. Die Ursachen der heutigen Valutadifferenzen. 3. Wirkungen der Valutadifferenzen. 3. Der Heilungsprozess.

Unsere Kollegen und Kolleginnen, die sich das Verständnis für die wichtigsten Tagesfragen — Geld, Valuta, Steuerkampf — verschaffen wollen, kann diese Broschüre empfohlen werden. Preis 7 M. pro Exemplar (ohne Porto). Zu beziehen vom Gewerkschaftsamt Leipzig, Geigerstr. 32, Postfachkonto Leipzig 65 139. Bestellungen sind umgehend aufzugeben. Lieferung nur gegen Nachnahme oder vorherige Einfindung des Betrages.

**Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland.** Von Paul Kampffmeyer. 1921. Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis brosch. 18.— M., geb. 24.— M.

Diese Geschichte ist eine gedrängte deutsche Sozial- und Kulturgeschichte. Wir sehen die alte primitive, auf der Marktgemeinde beruhende Demokratie sich in die herrschafts-litterliche Gesellschaft umbilden und verfolgen den gewalttätigen Umsturz der mittelalterlichen Gesellschaft und das Emporstreben des absoluten Fürstentums. Vor unseren Augen bilden sich wirtschaftlich und politisch die heutigen östlichen Großmächte, entwickelt sich die Emanzipation des dritten und der sieghafte Vormarsch des „vierten Standes“. Wir erleben förmlich das Werden einer neuen Gesellschaft und die zum Weltkrieg und zur sozialen Revolution führende imperialistische Katastrophenpolitik. Eine solche Sozial- und Kulturgeschichte läßt sich nicht in die alten Geschichtstabellen hineinzwängen. Sie hat daher eine ganz neue Geschichtstabelle zusammengefaßt.

Jedem, der die großen Evolutionen der Jetztzeit richtig verstehen will, ist dieses ausgezeichnete Geschichtswerk zum Studium zu empfehlen.

**Die Sozialistische Gemeinde, Kommunalpolitische Zeitschrift** der U. S. F., erscheint monatlich zweimal. Bezugspreis vierteljährlich 9.— M., Einzelnummer 1,50 M. Die Zeitschrift kann durch die Post, den Buchhandel oder direkt vom Verlag bezogen werden. Aus dem Inhalt der Nr. 4: „Die erste deutsche Arbeiterkammer“, „Die Organisation der Steuerbehörden“, „Die Wohnungsluxussteuer“.

**Der Sozialismus einst und jetzt.** Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart von Eduard Bernstein. 1922. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 M.

Eduard Bernstein hat im Sommerhalbjahr 1919 an der Berliner Universität „Vorlesungen“ über die Grundfragen des Sozialismus gehalten, Vorlesungen, die den Hörer mitten hinein in die großen Streitfragen des Sozialismus führen. Mit dem Freimut, der den theoretischen Führer des deutschen Revisionismus von jeher ausgezeichnet hat, behandelt er die Werttheorie, die Lehre vom Klassenkampf, die Marx'sche und Lassalle'sche Staatstheorie, den Bolschewismus usw. Sehr hilfreich sind seine Ausführungen über den vorgeschrittenen Kapitalismus, über die Klassenbildung und Klassengliederung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, über die Rückwirkungen des Krieges auf die Wirtschaftsentwicklung und ihre Probleme. Das eigentliche wissenschaftliche Fundament des modernen Sozialismus sieht Bernstein in der von Marx und Engels ausgefalteten Entwicklungstheorie, in der mit voller Klarheit „der Gedanke von der organischen Natur der sozialen Entwicklung zum Unterschied von der Auffassung dieser Entwicklung als eines mehr mechanischen oder chemisch bestimmten Vorgangs zu seinem Recht kommt“. Mit diesen Worten charakterisiert Bernstein selbst trefflich seine eigene hohe Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, dessen Wesen er lebendig und vollständig zur Darstellung bringt.

**Sozialpolitik. Erläuterungen zum Götlicher Programm von Max Duard.** 1922. J. S. M. Dieß Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,50 M.

Duward weist auf die sozial schädlich wirkende Zersplitterung der deutschen Arbeiterversicherung hin und verlangt den Ausbau dieser Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Sehr zutreffend sind seine Ausführungen über die Sicherung und die Erweiterung der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Duward beschäftigt seine Erläuterungen über den sozialpolitischen Teil des Götlicher Programms mit der Bestätigung einer durchgreifenden Förderung des internationalen Arbeiterschutzes und einer weitestgehenden des sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßten Bevölkerungspolitik. Er regt vor allem die Mithätigkeit der Beschäftigten in freier Selbstverwaltungsorganisation des republikanischen Volksstaats auf allen Gebieten der Sozialpolitik an.

Im Kampfe um die Ausgestaltung der Sozialpolitik werden die sachkundigen sozialpolitischen Darlegungen Duards eine wirksame Waffe.

## Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

### Sechster Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 31. August 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt eintreffen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

**I. Kreis.** Bremerhaven: Klages u. Werner. — Hannover: Tasche, Franz, Hildesheim: Großkopf u. Ko. Nachf. (H. Köfeler, H. Maeder). — Lehnendorf-Fraunhagen: Buchdruckerei Brunsiga (H. Cramm jun.). — Sarstedt: Meinersche Buchdruckerei.

**II. Kreis.** Bielefeld: Schwarze u. Bode. — Patten: Buchdruckerei „Holland“ (Hermann Stahlschmidt). — Dören: Klipper, Joseph. — Essen: Verlagsgesellschaft „Ruh-Echo“, e. G. m. b. H. — Hülde-s-wagen: Förster u. Wette (Friedr. Wette sen.). — Köln-Lindenthal: Fuß u. Leyer (Joh. Fuß und Maria Leyer). — Arefeld: Boosfeld, W.

**III. Kreis.** Frankfurt a. M.: Fenster, L. (Berner Bookmann); Sanftdruckerei G. m. b. H. (Robert Möhring); Organisation Karlsruher G. C. Kranthagen). — Riederswehren: Papierwaren-Fabrik „Hercules“ (Rechling u. Braun). — Wanfried: Braun, Karl. — Wiesbaden: Zimmermann, Hermann, vormals Franz Wehler. — Siegenhain (Bez. Kassel): Ordemann, L. (Uta Ordemann).

**IV. Kreis.** Buchen: Odenwälder Verlag, G. m. b. H. Ellwangen: Steuerwald, Friedrich. — Karlsruhe: Druckerei A. Stadel u. Co. (Karl Friedrich Stadel). — Lahr i. B.: Kuwertzschil „Badenia“ Karl Göbzig. — Lorch (Württbg.): Häbele, Karl. — Neckarbischofsheim: Ziegler, Karl („Volksbote“). — Pirmasens: Bath, Hermann.

**V. Kreis.** Amberg: Dürrbed, Hans. — Nürnberg: Meyer, August; Meyer u. Günthermann.

**VI. Kreis.** Gotha: Perthes, Justus (Dr. phil. Joachim Perthes). — Wasingen (Werra): „Wälinger Zeitung“ (Walter Kellermann).

**VII. Kreis.** Chemnitz: Altenbacher Buchdruckerei („Chemnitzer Vorzeitung“, Willi Arng); Hauenstein, Otto (Inh.: Otto Hauenstein u. Sohn). — Leipzig: Engelhardt, A. Th. (E. H. Kurt Vange); Tintpulver, Surget.

**VIII. Kreis.** Berlin: Berliner Spezialdruckerei, G. m. b. H. (Müller u. Borel G. m. b. H. und Wilh. Stewes); Deutscher Industrie-Verlag, G. m. b. H.; Frisch, Albert; Pahnig, E. Emil (Schörner); Paul, Hermann, Kisch-Gesellschaft (Hans Paul, Max Paul); Stadthaus, Max; Werbedienst, G. m. b. H. — Magdeburg: Schöneberg: Ahlem, Arthur, Nachf., Otto Riesenfeld u. Co.

**IX. Kreis.** Breslau: Kleinert, Albert; Ober-schlesische Vereinsdruckerei, G. m. b. H.

**XII. Kreis.** Goldap: „Goldaper Tageblatt“ (Hob. Knoll). — Köffel (Ostpr.): Buchdruckerei Schlutius (Inh.: Joh. Granigka).

Aus dem Verzeichnisse der tarifstreuen Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:

**Kreis II:** Buchdruckerei Gebr. Lewertoff in Söxter. — Buchdruckerei Heinrich Simons in Sinzig.

**Kreis VI:** Buchdruckerei E. A. E. Seyner „Köfener Zeitung“ in Bad Kösen.

### Bekanntmachungen.

Arbeitsnachweise betreffend  
Altenburg (S.-A.). Verwalter: Hans Langer,  
Altenburg, Nordstr. 43.

Schiedsgerichte betreffend  
Duisburg. Gehilfenvorstehender: Wilh. Salz,  
Buchholz, (Kreis Düsseldorf), Blumenstr. 1c.  
Berlin, 21. Februar 1922.

J. A. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Abrechnungen

Abrechnungen vom 4. Quartal haben 1921 eingelangt:  
Gau 2: Achaffenburg 1788,80, Bingen 222,70, Cassel 7188,80, Darmstadt 75,50, Frankfurt a. M. 39 778,80, Gießen 984,45, Gr.-Steinheim 6978,10, Hanau 7006.—, Limburg 198,05, Mainz 8694,75, Offenbach 6112,35, Wiesbaden 2524,05, Wehlar 407,15, Worms 1142,40.

Gau 6: Altenburg 7305,80, Cöthen 1396,55, Eisenach 608,04, Erfurt 5587,50, Gera 5133,95, Gotha 2611,92, Greiz 646,58, Halle 11 927,95, Hildburghausen 261,60, Jena 1058,05, Langensalza 617,73, Meiningen 392,28, Mühlhausen 704,95, Raumburg 1260,33, Rößner 1740,95, Rudolstadt 1678,28, Saalfeld 6181,30, Weimar 1261,18, Wünschendorf 1784,15, Zeitz 2088,93, Einzelzahler 901,68.

Gau 8a: Aichersleben 6692,02, Dessau 1000,60, Halberstadt 472,10, Magdeburg 20 309,95, Nordhausen 2675.—, Quedlinburg 464,22, Sangerhausen 694,05, Stenbal 830,75, Wernigerode 445,15, Wittenberg 1407,07, Einzelzahler 1168,85 Mf.

Gau 9. Braunschweig 8400,00, Bremen 8124.—, Delmenhorst 247,30, Verden 4937,10, Westmünde 1116,76, Göttingen 1106,28, Goslar 794,33, Hameln 321,00, Hannover 33 668,95, Helmstedt 28,90, Hildesheim 1398,35, Lemgo 290,28, Rüneburg 485,25, Melze 671,50, Norden

289,70, Oldenburg 2994,04, Osnabrück 1944.—, Peine 238,85, Hillstrungen 200,10, Salzgitter 701,60, Uelzen 480,70, Verden 151,98, Einzelzahler 60,61.

Gau 10: Borchsholm 107,60, Edernförde 112,10, Flensburg 1071,05, Glistrow 246.—, Hamburg 57 661,20, Harburg 894,60, Heide 264,30, Jübek 223.—, Kiel 2255,10, Lübeck 2488,20, Neumünster 101,10, Rostock 2082,35, Schleswig 387,50, Schwerin 3531,15, Wismar 440,20 Mf.  
S. Loda u. Hl.

## Briefkasten

**M. B. Landsht.** Sie müssen 23 Zeitungen erhalten, die bei 21 Mitgliedern genügen dürften. Nur gelegentlich zur Agitation können einige Exemplare mehr geschickt werden.

**G.-K. Kaiserslautern.** Gegen die Bestellung der Frauenzeitung ist nichts einzuwenden. Ein Exemplar vom „Grupp. Bund“ wird dem Kollegen K. vom 1. April ab überwiesen werden.

**M.-G. Baugen.** 500 Zeitungen müssen nach dort kommen, fehlende müssen von der Post auf Verlangen umgehend nachgeliefert werden. Ueber die Lieferung des 8-Blattes lesen Sie wohl nach, was fettgedruckt auf der 2. Seite der Nr. 1 steht.

## Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Elisabeth Mayer und ihrem Gemahl zur Hochzeit nachträglich die besten Glückwünsche.  
Die Kollegenschaft der Zahlstelle Darmstadt.

Unserer lieben Kollegin Maria Rudwigs nebst Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Kollegenschaft der Zahlstelle Köln.

Unserem werten Kollegen Max Ring (Fa. W. O. Korn) zu seiner Vermählung mit Frä. Elise Gube herzlichste Glückwünsche.  
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

## Sterbetafel



Am 17. Februar verstarb nach langer schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin

### Bertrud Schlümer

(i. Fa. Rheinbof)  
im blühenden Alter von 21 Jahren.  
Ehrendes Andenken bewahrt ihr  
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Köln.

Am 27. Februar verstarb plötzlich unsere treue und liebe Kollegin, die Einzelgerin

### Frau Agnes Bodendiet

(i. Fa. Appelhaus)  
im blühenden Alter von 20 Jahren.  
Ehrendes Andenken bewahrt ihr  
Die Zahlstelle Braunschweig.

Am 3. März 1922 verstarb nach langem schweren Leiden unsere liebe treue Kollegin

### Frau Therese Kopf

(Einzelgerin der Fa. Schiele)  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
Die Zahlstelle Regensburg.

## Warenlieferung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die W. B. St. hat neuerdings einen großen Vorrat billiger Vorratsgüter beschafft, die in den nachstehenden Vertretungsstellen an die organisierten Mitglieder abgegeben werden.

- Zimmerstr. 68,
- Sebastianstr. 87/88,
- Schönhauser Allee 178,
- Kottbuser Damm 88/89,
- Brunnenstr. 185,
- Englischer 30,
- Sablonstr. 8,

- Karlshorst: Hegemeisterweg 64,
- Spandau: Kaiser-Wilhelmstr. 101,
- Adlershof: Meyerstr. 14,
- Friedrichshagen: Schwanenbestr. 4,
- Spandau: Auenbuckstraße, Rest. Klemm.

Verbandsbuch mitbringen!